



Doppelhaushalt 2017/2018

Die Aussetzung des Stellenabbaus wird gestoppt – ein Denkfehler?



Hagen Husgen

„Den Haushalt muss man ständig im Auge haben und es gibt immer etwas zu tun“, sagt meine Frau und meint damit sicherlich etwas anderes als ich in der Überschrift mit dem Begriff Doppelhaushalt.

Obwohl? Doppelhaushalt - ja, wir sind auch zwei. Aber 2017/2018? Nein, ich glaube schon, dass ihre Haushaltsdefinition doch eine andere ist ...

Und auch der Ministerpräsident Stanislaw Tillich wird sich am 14. Juni 2016 etwas anderes dabei gedacht haben, als er in einem Schreiben an die Damen und Herren Abgeordneten der CDU- und SPD-Fraktionen die politischen Schwerpunkte des Regierungsentwurfs des Doppelhaushaltes 2017/2018 beim Namen nannte: Bildung, Gesundheit und Sicherheit.

Das ist doch schon mal was! Die selbsternannte Partei der Sicherheit beruft sich auf die eigenen Schwerpunkte und lässt es gleich mal verbal krachen. „Bei der Polizei wird der Stellenabbau rückwirkend ab dem Jahr 2015 bis 2020 ausgesetzt“. „Der Stopp des Stellenabbaus wirkt ...“ (Ja was denn nun?) „Die Ausbildungskapazität wird gegenüber 2014 verdoppelt.“ Schließlich wird auch die Wachpolizei mit für Ordnung und Sicherheit sorgen.

Soweit, so (un)klar. Aber gemacht, gemacht ...

Knapp zwei Monate später wird schließlich der Doppelhaushalt 2017/2018 in den Sächsischen Landtag zur 1. Lesung eingebracht, höchstpersönlich durch unseren Finanzminister. Und da ist er wieder, der Satz: „Bis 2020 setzen wir bei der Polizei die Realisierung von insgesamt 676 kw¹-Vermerken aus.“ Das hunderte Seiten umfassende Werk wird auf den Tisch gelegt und was steht drin: „Der Stellenabbau bei der Polizei wird gestoppt.“ Ja, man weiß genau, was man will. Haushaltswahrheit und Haushaltklarheit waren schon immer eine sächsische Stärke.

Es ist ein Hick-Hack, so wie wir dies in der Vergangenheit schon oft erlebt haben. Umso wichtiger ist es, dass sich die Gewerkschaft der Polizei Sachsen mit diesem Thema umfassend und tiefgründig auseinandersetzt. Zum Zeitpunkt des Lesens dieser Zeilen werden Sachverständige aus den Reihen der GdP Sachsen bereits während der öffentlichen Anhörung am 15. September 2016 die aufkeimenden Probleme dargelegt haben. In der Hoffnung, dass die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses offene Ohren dafür haben und selbst mit diesem Entwurf ins Gericht gehen.

Es ist nicht nur für den Laien schwierig, genau dahinter zu steigen, wie die personelle Situation der sächsischen Polizei in Zukunft aussehen soll. Schon allein der Vergleich der Ist-Stärke und der dazukommende Personalzuwachs um die besagten 1.000 Stellen in einzelnen Jahresscheiben sind kompliziert genug. Dazu kommen noch die 676 „gestoppt ausgesetzten“ kw-Vermerke der Jahre 2015 bis 2020, plus 72 Stellen, die vom Sächsischen Staatsbetrieb Informatikdienste (SID) zurück ans Werk gehen und letztendlich die jährlich 650 Stellen der Wachpolizei. Die Erhöhung des Einstellungskorridors ist hierbei noch gar nicht berücksichtigt (Personalsoll B).

Trotz der Komplexität ist aber eines für die Gewerkschaft der Polizei Sachsen sicher: Die in diesem Doppelhaus-

halt geplante Personalstärke ist absolut nicht ausreichend. Es wird weiterhin Bereiche geben, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen vor Arbeit nicht mehr aus den Augen gucken können.

Hoppla, hier schleicht sich doch höchstwahrscheinlich ein Denkfehler meinerseits ein. Ein Blick in den Titel 422 41 belehrt mich doch tatsächlich eines Besseren. Kein Beamter wird zu viele Überstunden schrubbten müssen. Es wird nicht wie Ende 2015 zu einer notgedrungenen und der Mehrbelastung geschuldeter Aktion „Mehrarbeitsvergütung“ des SMI kommen müssen, da im einschlägigen Titel in den Jahren 2017 und 2018 gar nichts drin ist. NULL EURO! Nochmal Glück gehabt. Das mit der „vielen Arbeit“ nehme ich damit wieder zurück ...

Was ich nicht zurücknehme ist der Fakt, dass auch die Zahl der geplanten Neueinstellungen zu gering bemessen ist (unter Beachtung aller Diskussionen zu personellen und infrastrukturellen Kapazitäten). Wir bleiben als Gewerkschaft konsequent bei unserer Forderung, dass es in den nächsten Jahren einen Personalzuwachs um circa 3 300 Beschäftigte in der sächsischen Polizei geben muss und dies so schnell wie möglich. Genau deshalb muss bereits 2017 damit begonnen werden, 800 Polizeianwärter jährlich auf die Schulbank zu schicken.

Und das wird nicht nur aufgrund der (zurzeit noch) fehlenden Kapazitäten alles andere als einfach, sondern auch im Hinblick auf die in den letzten Jahren zurückgegangene Anzahl der Schulabgänger in Sachsen von 60 000 auf reichlich 20 000. Die sächsische Polizei braucht kompetenten jungen Nachwuchs, der gewonnen werden muss. Die sächsische Polizei braucht für den Übergangszeitraum, bis diese jungen Leute ausgebildet sind, die Erfahrung und Kompetenz der „Alten“, damit dieses Wissen nicht verloren geht. Und das bekommt man nicht zum Nulltarif! Nicht einmal der Frei-

Fortsetzung auf Seite 2



Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Oktober 2016**, war der **1. September 2016**, für die Ausgabe **November 2016** ist es der **30. September 2016** und für die Ausgabe **Dezember 2016** ist es der **28. Oktober 2016**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

staat, der angeblich weiß „wie sächsisch geht“.

Deshalb ist es schon beim ersten Blick auf die Zahlenreihen dieses Monsterwerkes unverständlich, dass die Zuschläge für Personalgewinnung gegenüber dem Jahr 2016 gleich einmal auf ein Drittel der damaligen Ansätze runtergefahren werden. Entweder weiß man nichts damit anzufangen (die Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der GdP Sachsen geht mehr als schleppe voran) oder man hat die Zeichen

wird. Knapp 20 EUR stehen für jeden Beschäftigten zur Verfügung, was einen enormen Schritt gegenüber 2016 bedeutet. Nur die Anzahl der Gesundheitsmanager muss noch einmal überdacht werden.

Damit sind wir schon mitten in der Diskussion zum zweiten Teil der Haushaltsgeschichte.

Wie sich jeder denken kann, bezieht sich der Doppelhaushalt 2017/2018 nicht nur auf die Personalausgaben. Der Personalhaushalt ist das Eine, der Sachhaushalt und die Investitionen das Andere.



Grafik: Jana Sanders



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

der Zeit noch immer nicht erkannt. Anders ist es auch nicht zu bewerten, dass als böswilliges i-Tüpfelchen der Titel Nachwuchswerbung auf sage und schreibe 38.000,00 EUR pro Jahr reduziert wird. Die Nachwuchskampagne, auf die ganz Sachsen so stolz war, ist bereits verpufft, meine Damen und Herren! Schon damals haben wir davor gewarnt, sich über Jahre im Angesicht des in riesigen Lettern veröffentlichten Erfolges auszuruhen. Nur Kontinuität bringt uns dem Ziel des ausreichenden Nachwuchses näher.

Unsere Kolleginnen und Kollegen „am Laufen“ zu halten, dafür zu sorgen, dass sie motiviert, leistungsstark und gesund sind - auch dies muss sich im Haushalt niederschlagen. Bei genauerer Betrachtung kann festgestellt werden, dass die Einsparungen der Ausgaben für das SID im Rahmen des Gesundheitsmanagements eingeplant worden sind, was durchaus begrüßt

Und siehe da, auch hier liegt der „Hase in der Grube begraben“. Oder war es im Pfeffer? Egal: auf die Nachricht kommt es an, auf den Inhalt und nicht auf das Drumherum. Und da sollte sich unsere Politikergilde reinen Wein einschenken lassen und nicht nur die nackten Zahlen studieren, mit strahlenden Augen nicken, zufriedene Gesichter machen und alles beklatschen – der Dank von der eigenen Fraktion ist sicher gewiss!

In diesem Beitrag werde ich mich auf einige wenige sofort ins Auge gesprungene Schwerpunkte beziehen, die sich mit den Rahmenbedingungen Arbeitsplatz, aber auch mit der Ausstattung und Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen beschäftigen. Ausführlischer wird das im Rahmen der uns als Gewerkschaft der Polizei zustehenden Möglichkeiten wie Anhörungen, Gesprächen und Stellungnahmen geschehen.



LEITARTIKEL

Es ist schon traurig, mit ansehen zu müssen, dass im vorliegenden Haushaltsentwurf rigoros die Fremdvergabemaschinerie weiterbedient wird. Und das alles trotz heute noch fehlender Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtungen und trotz schriftlich vorliegender Bedenken derer von der Basis, die davor warnen. Die Zahlen in den entsprechenden Titeln sprechen Bände. Die Mittel für den Betrieb der eigenen Kfz-Werkstätten werden auf einen historischen Tiefstand reduziert. Nur noch 700.000,00 Euro ist dem Freistaat Sachsen diese Arbeit 2017 wert; 2015 waren es noch über 1,6 Millionen Euro. Im Gegenzug dazu werden fast 4,2 Millionen Euro in die Fremdvergabe gepumpt - hier wiederum ein Höchstwert.

Weitere hunderttausende Euro sollen in den kommenden beiden Jahren in die Fremdvergabe von Einlass- und Kontrolldiensten, Handwerkern, externen Haus- und Technikern und in die Erhöhung der Stundenlöhne privater Sicherheitsdienste fließen. Wie heißt es so schön in der Zeile 3.270 des Koalitionsvertrages der CDU und SPD für die Jahre 2014 bis 2019 (der vorliegende Doppelhaushalt also eingeschlossen): „Serviceleistungen für die Polizei sollen vorrangig in der Polizei erbracht werden.“ Oder schon wieder ein Denkfehler meinerseits?

Ist ja alles möglich. Je mehr ich nämlich nachdenke, desto wirrer wird die ganze Geschichte und ich traue kaum noch meinen eigenen Hirnwindungen (so mancher wird dies jetzt mit einem Seufzen bejahen). Einen Gedanken versuche ich noch: Ich freue mich, dass mehr Fahrzeuge beschafft werden sollen - das ist lobenswert und notwendig (wenn auch in dieser Höhe längst nicht ausreichend). Beispielsweise wird die Polizei 2017 111 PKW und 67 Transporter mehr als 2016 ihr Eigen nennen können. Der Fuhrpark vergrößert sich er-

freulicherweise, aber für Kraftstoffe werden 20.000,00 Euro weniger veranschlagt! Acht Prozent mehr Fahrzeuge verbrauchen 13 Prozent weniger Sprit? Jetzt höre ich aber auf. Irgendetwas stimmt doch hier nicht!

Man kann und darf aber nicht alles schlechtreden. Viele der von der sächsischen Polizeispitze eingebrachten Vorschläge wurden augenscheinlich berücksichtigt, wobei eben zumeist der letzte Schliff fehlt - genauso wie die erforderlichen Finanzen! Gut, dass mehr in die Bewaffnung und Ausrüs-

Planung der Neuunterbringung des Polizeirevieres Döbeln oder Leipzig-Nord. Hier werden wir als Gewerkschaft der Polizei Rede-, Informations- und gegebenenfalls Änderungsbedarf anmelden, wenn es sich erforderlich macht. Es darf nämlich nicht außer Acht gelassen werden, dass in den nächsten beiden Jahren für solche Zwecke auch Finanzen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fließen. Zumindest klingt die Aussage der großen Politik, dass die baulichen Maßnahmen in der sächsischen Polizei bis 2020 „in Sack und Tüten“ sein sollen, wie Musik in meinen Ohren. In der Hoffnung, dass daraus kein endloser Song (Maxiversion) wird.

Mitte Dezember 2016 soll der Doppelhaushalt 2017/2018 in der Plenarwoche vom 13. bis 16. Dezember in die zweite und dritte Lesung gehen. Jeder von uns sollte sich schon einmal die Termine (voraussichtlich 14. und 15. Dezember 2016) vormerken

und im Sächsischen Landtag mit seiner Anwesenheit deutlich zeigen, dass an diesen Tagen über nichts Geringeres entschieden wird als über die Innere Sicherheit Sachsens und das Wohl der Polizeibeschäftigten.

Übrigens, wenn ich mir nach all diesen Gedanken das noch einmal richtig überlege, besteht unser heimischer Haushalt doch nicht nur aus Arbeiten wie Putzen und Wischen. Die oben dargelegten finanziellen Haushaltsüberlegungen muss auch jeder in seinem privaten Bereich in einem kleineren Maßstab anstellen. Konkret, mit Bedacht und entsprechend der Prioritäten. Wahrheit und Klarheit sind für alle Familienmitglieder wichtig, da ansonsten auch hier ein Fiasko vorprogrammiert ist. Und das will niemand: weder im Kleinen noch im Großen.

**Euer
Hagen Husgen**



Plenum Blick von der Tribüne

Foto: Steffen Giersch

tung und in den unmittelbar damit zusammenhängenden Munitions- und Schießbedarf investiert wird, wobei aber sichtlich auch hier der Rotstift regiert hat.

Die erhöhte Mannausstattung durch die neuen Pistolen (30 Schuss), die Fortbildung an der neuen Waffe und die Mehreinstellungen inklusive der Wachpolizei sind nicht vollständig abgebildet worden. Genauso sieht es bezüglich der Kriminal-, Beweis- und Verkehrsüberwachungstechnik aus. Die benötigten Mittel scheinen nicht vorhanden oder anderweitig verplant zu sein. Kopfzerbrechen bereitet mir der Einzelplan 14 des Doppelhaushaltes, die Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung. Es sind zwar eine ganze Menge konkreter Maßnahmen innerhalb der Polizeidienststellen und Einrichtungen geplant, doch in vielen Bereichen ist anstelle eines Euro-Betrages nur ein waagerechter Strich zu sehen, beispielsweise in der

¹ künftig wegfallende Stellen



Spezial-Grundausbildung der Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft Sachsen

Es ist vollbracht. In der Zeit vom 11. bis 15. Juni 2016 fand am Dienort Leipzig, durchgeführt von der Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft Sachsen 2, die Ausbildung der neuen Einsatzbeamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFEen) der Bereitschaftspolizei Sachsen statt, welche die Grundlage für ein sicheres und adäquates Handeln im Dienst schaffte.



Begrüßung der neuen Einsatzbeamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFEen) der Bereitschaftspolizei Sachsen

Angefangen mit einer sportlichen Leistungsüberprüfung, welche es zu schaffen galt, über Teambildung bis hin zu taktischem Handeln stand alles auf der Agenda.

In den ersten Tagen stand das Abfragen von Grundkenntnissen im Vordergrund, um alle Beamten auf ein möglichst einheitliches Leistungsniveau zu bekommen. Dabei musste der bereits im Auswahlverfahren absolvierte BFE Einstellungstest erneut gemeistert werden sowie andere sportliche Höhepunkte, welche mit taktischen Grundeinheiten verbunden waren. Auch das Erkunden von Wahrzeichen der Stadt stand mit auf dem Plan, die Beamten lernten jede Stufe des Völkerschlachtdenkmales kennen.

Die zweite Woche verbrachten die Teilnehmer in der Feldwebel-Bold-Kaserne USH Delitzsch. Besonderes Augenmerk lag hier, neben dem Vermittelten von theoretischem Wissen, auf Teambildung, um die Beamten zu einer geschlossenen Einheit und optimaler Zusammenarbeit zu führen. Neben dem Absolvieren eines Hochseilgartens, den ersten Zugriffstrainings und dem Training für gefährliche Lagen, war einer der Höhepunkte der Woche, ein gemeinsamer abendlicher Marsch, welchen es im Zuge

einer „Alarmierung“ zu bewältigen galt und der in einer Großlage endete.

Diese Komplexübung stellte einen gelungenen Abschluss der Außenwoche dar. Alle Beamten hatten in der darauffolgenden Woche erst einmal wieder ihren originalen Dienst, beim Absichern der Katholiken-Woche in Leipzig, zu verrichten und konnten ihre eventuell entstandenen Wunden „lecken“.

Die dritte Woche der Spezial-Grundausbildung (SGA) stand im Zeichen des Wissens. Hierbei verbrachten die Teilnehmer einen Tag bei der Flughafenfeuerwehr, wo die Anwendung des Feuerlöschers mit Erlangen des Zertifikates, die Ausbildung der Ersten-Hilfe und das Durchlaufen der Atemschutzstrecke im Mittelpunkt stand. Anschlie-



Rettungsschwimmen

das Annähern, Betreten und Durchsuchen von Räumen sowie eine groß angelegte Fortbildung in Zusammenarbeit mit Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärtern der Polizeifachschule Leipzig, welche unter erschwerten Bedingungen im Starkregen, dennoch professionell, durchgeführt wurde.

Die vierte und damit fast letzte Woche war angebrochen. Noch 8 Tage bis zum ersehnten Ziel in denen die Teilnehmer noch einmal viel neues Wissen erlangten und zahlreiche polizeiliche Lagen zu bewältigen hatten. Neben den theoretischen Einweisungen zum Annähern, Anhalten und Durchsuchen von Kraftomnibussen und Straßenbahnen wurde das vermittelte Wissen auch in der praktischen Fortbildung angewandt. Zusätzlich zu diesem The-



Tag bei der Feuerwehr

menkomplex wurde das Durchsuchen von Räumen im Sinne von Versammlungssälen vertieft, Fortbildungen im Zusammenhang mit Fußballkrawallen und anderen Kriminalitätsschwerpunkten absolviert. Neben diesem Geschehen wurden die Teilnehmer ebenso wieder sportlich und geistig mit Teamgeist bei verschiedenen Trai-

menkomplex wurde das Durchsuchen von Räumen im Sinne von Versammlungssälen vertieft, Fortbildungen im Zusammenhang mit Fußballkrawallen und anderen Kriminalitätsschwerpunkten absolviert. Neben diesem Geschehen wurden die Teilnehmer ebenso wieder sportlich und geistig mit Teamgeist bei verschiedenen Trai-



KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI LEIPZIG

nings, wie einem Parcours und einem Quizz-Treppenlauf in der Red Bull Arena gefordert und erlangten zusätzliche Qualifikationen, wie das Zertifikat zum Verwenden des Reizstoff-Sprühgerät (RSG 8) und der Mehrzweckpistole.

Manchmal kommt es eben anders ... so wurde der letzte Tag der Woche, durch eine Reallage und Alarmierung in den Einsatz am Abend, zuvor gekippt und für die Teilnehmer gleich zur Anwendung des Erlernten genutzt.

Der Montag der letzten drei Tage war angebrochen. Zielgerade, Endspurt und nochmal alles geben. So hatten die Teilnehmer an diesem Tag einen gut durchorganisierten und abwechslungsreichen Vergleichswettkampf vor sich, welcher mit Hilfe der Höhenretter der Feuerwehr West aus Leipzig und den technischen Diensten der Bereitschaftspolizei Sachsen zu einem gelungenem Höhepunkt wurde. Abseilen und Aufsteigen per Seil und Steigeisen am „Wackelturm“ im Rosenthal, „Bootsfahrten“ am



Zugriff nach Ausschreitung bei Demogeschehen

ten brannten darauf, sich den Herausforderungen zu stellen. Großes Thema war „Asyl“ und die damit zu bewältigenden Aufgaben für die Polizei. So galt es einen Transfer von Asylbewerbern in ihre Unterkunft ab-

fe zwischen politisch motivierten Straftätern absolviert wurden, konnten sich die Beamten freuen am Abend bei der Abschlussfeier ihre lang ersehnten BFE-Patches zu erhalten und endlich voll angekommen zu sein.



Höhenrettung mit der Feuerwehr



Abschlussübung Versammlungsräume

Cospudener See und das Erklimmen des MDR-Turmes am Augustusplatz waren nur drei der vielen Stationen an diesem Tag.

Schließlich war es am Dienstag soweit. Die lang ersehnte Abschlussüberprüfung stand an und die Beam-

zusichern, Blockaden auf der Fahrstrecke zu verhindern und beseitigen sowie Auseinandersetzungen im Heim zu schlichten.

Nachdem weitere Parallellagen, wie eine Häuserräumung und Angrif-

Die Veranstaltung wurde durch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) tatkräftig unterstützt und war ein gelungener Abschluss für alle Beteiligten.

Artikel und Fotos BFHU-Sachsen



SV-Ausbildung

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



Bedrohung durch Hassgruppen auch im Freizeitbereich

Als ich eines Tages meinen üblichen Weg zum Dienst ging, sah ich zu meiner Verwunderung auf einem Parkplatz ein stark beschädigtes Auto stehen. Alle Reifen waren zerstoßen, einige Scheiben eingeschlagen, ein großer Kübel weißer Farbe war ins Fahrzeuginnere geschüttet worden. Dann sah ich den Fahrzeugbesitzer. Mir war sofort klar, dass es sich hierbei nur um eine Racheaktion handeln konnte, was mir das Opfer, ein betroffener Polizeibeamter, auch sofort bestätigte. In der Presse konnte jeder daraufhin nachlesen, dass es durch die drei Tatverdächtigen in der Vergangenheit bereits zu mehreren Bedrohungen gegenüber Polizisten gekommen war und dass umfangreiches Beweismaterial sichergestellt werden konnte. Der zerstörte PKW war nicht die einzige Sachbeschädigung, die in diesem Zusammenhang begangen wurde.

Schauen wir uns einmal einige weitere Beispiele an. Ein Blick über den Gartenzaun kann dabei nicht schaden:

- Bei der Zwangsräumung eines Hauses in Sachsen – Anhalt gab es im August 2016 bei der Durchsetzung eines Amtshilfeersuchen eine Schießerei, bei der ein sogenannter „Reichsbürger“ schwer- und zwei Polizeibeamte leicht verletzt wurden. Der Gerichtsvollzieher und seine Familie wurden nach der Maßnahme, auch im Privatbereich, massiv bedroht, so dass Schutzmaßnahmen ergriffen werden mussten.
- Bei diversen Rockerbanden steigt das interne Ansehen, wenn Polizisten angegriffen und verletzt werden.
- Die Berliner Morgenpost vermeldet am 14. April 2012 einen Anschlag auf einen Bundespolizisten, bei dem die Radmuttern an dessen PKW gelockert wurden.
- In Uelzen nahm ein Straftäter gezielt einen Kriminalbeamten ins Visier. Er hatte den Polizisten privat bedroht und war dafür zu einer Geldstrafe von mehreren tausend Euro verurteilt worden. Bei einer zufälligen Begegnung im Schwimmbad verlangte der Verurteilte die Geldstrafe von dem Be-

amten zurück. Jetzt wird gegen ihn wegen Erpressung ermittelt. Derweil wurde in Lüneburg einem Polizisten der Privat-Pkw angezündet, der in seinem Carport stand („Altmark-Zeitung“ vom 21. 02. 2012).

- In bestimmten Fußballforen wird unverhohlen vom „Polizeistaat BRD“ geschrieben, den man nicht akzeptieren müsse.
- In anderen Internetforen wird Hass gegen die Polizei geschürt. Polizeibeamte werden als Denunzianten, auf einer Stufe mit Kriminellen stehend, als gewalttätige und psychisch gestörte Menschen dargestellt, die es zu bekämpfen gilt. Weiterhin wird allen Ernstes behauptet, dass ein genetischer Defekt dazu führt, dass man Polizist wird.
- Hassgruppen zweifeln die Rechtmäßigkeit unseres Staates und damit die legitimen Rechte der Polizei zur



Foto: www.Steffen Meltzer.de

Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung an.

- Deshalb meinen sie sich das Recht herausnehmen zu können, staatliche Institutionen und deren Vertreter zu bekämpfen.

Das Phänomen „Verfolgung von Polizeibeamten“ ist seit längerem in den USA bekannt.

Nach Psychologieoberrat a.D. Dr. Uwe Füllgrabe kommt es nicht so selten vor, dass Polizeibeamte in ihrer Freizeit ausspioniert und massiv mit dem Leben bedroht werden. Anlass kann bereits eine Verkehrskontrolle mit einem ausgesprochenen Verwarnungsgeld sein. Am Ende

kann das Auflauern mit einer scharfen Waffe stehen oder das Zusenden eines Paketes mit Sprengstoff, das mögen zwar extreme Beispiele sein aber diese Täter hatten vorher einen direkten Kontakt zu den betroffenen Polizisten.

Woran erkenne ich diese Täter/ potentiellen Täter?

Um es vorwegzunehmen, es gibt keinen „Königsweg“. Auch wenn du alle Regeln beachtest, es kann dir später trotzdem passieren, dass du verfolgt und bedroht wirst. Noch schwieriger wird es, wenn du an ideologische Überzeugungstäter, beispielsweise sogenannte Reichsbürger, gerätst.

Du merkst es an deren Verhalten, zum Beispiel bei Verkehrskontrollen:

- Sie haben keine Fahrerlaubnis, Fahrzeugzulassung etc. zur Hand, da diese Papiere für sie illegal sind, evtl. händigen sie dir eigene Phantasiedokumente aus.
- Sie bezeichnen sich selbst als „König“, „Reichskanzler“, „Innenminister“ oder „Reichsgeneralstaatsanwalt“. Deine Eigenschaft als Vollzugsbeamter wird nicht akzeptiert.
- Vielleicht versuchen sie dir auch einen Vortrag über deren Auffassungen zu halten, sie stellen dir Fragen und versuchen eine Diskussion vom Zaun zu brechen.
- Sie werden dir sagen, dass sie freie Bürger sind und dass diese Kontrolle inakzeptabel ist. Aber auch „privat“ kann es dich treffen:
- Bei privaten Streitigkeiten spielt plötzlich nur noch dein „Status als Polizeibeamter“ eine Rolle. Dass du „Mensch“ - mit deinen persönlichen Ansichten und gesetzlich verbürgten Rechten, wie jeder andere auch bist, wird dabei ausgeblendet. So versuchen sie dich zu „entmenschlichen“.
- Sie führen anschließend auf allen Ebenen einen Vernichtungsfeldzug, hierzu versuchen sie auch staatliche Institutionen, andere Privatpersonen, Verbände, Vereine und Presse



AUS DER PRAXIS

zu missbrauchen, um zu denunzieren.

- Das kann bis zum Versuch gehen, persönliche und berufliche Existenzen zu vernichten.
- Sie provozieren und können sogar zum Duell fordern. Dazu stellen sie Fallen und lauern ihrem „Feindbild“ auf.
- Achte genau auf Anzeichen psychischer Störungen und Erkrankungen.
- Sie werden „raffinierterweise“ den „Opferstatus“ einnehmen wollen, um Dritte gegen dich aufzustacheln und manipulativ für sich einzusetzen.

Was ist zu tun?

- Verhalte dich auf jeden Fall korrekt. Du musst damit rechnen, dass die Person in der offensiven Kommunikation gegen Polizeibeamte belesen und geübt ist. Mehrere Beispiele dafür habe ich selbst erlebt und recherchieren können. Lass dich weder einschüchtern noch auf die Beziehungsebene ziehen. Beantworte keine Fragen, erkläre ihnen in Ruhe, unter Kontrolle der Situation, deine Maßnahme. Lass dich nicht auf Diskussionen ein. Sei wachsam, was diese Person tut, beobachte ihre Hände, aber lass auch die Mitfahrer nicht aus dem Auge. Zeige keine Signale der Selbstunsicherheit, zum Beispiel durch einen gesenkten Blick oder langsames Sprechen mit brüchiger Stimme. Lass dich auf keine Diskussion ein, falle ihm ggf. ins Wort und setze deine Maßnahme ohne unnötige Verzögerung um, da eine Verkehrskontrolle für diese erregten Menschen eine extreme Stresssituation darstellt. Versuche die Anspannung der Person nicht dadurch zu erhöhen, indem du ungewollt Anlass für Provokationen gibst. Das erfordert ein gewisses Maß an Training. Lasse dich nicht filmen. Du bist keine „öffentliche Person“ im Sinne der Rechtsprechung. Gem. Artikel 2 des GG, §59 Urhebergesetz und §22 Kunsturhebergesetz sind solche Aufnahmen von Polizeibeamten illegal, wenn nicht deren Einwilligung vorliegt.
- Wenn du privat bedrängt wirst, sichere stets und ständig Zeugen und andere Beweise, verhalte dich immer korrekt. Manchmal ist das dei-

ne einzige Chance, damit du dich gegen Verleumdung und andere Anschwärmungen wehren kannst. Dabei kannst du auch technische Hilfsmittel benutzen. Denke daran, mache keine Fehler, lass dich auch emotional zu nichts hinreißen, tritt gegebenenfalls den Rückzug an. Das ist immer noch klüger, als sich auf ein „Duell“ einzulassen. Nur wenn dein Leben und deine Gesundheit auf dem Spiel stehen, nutzt du dein gesetzlich verbürgtes Notwehrrecht. Überziehe dabei nicht. Der Gegner wird jeden Fehler für sich ausschlichten wollen, um sich als „Opfer“ zu verkaufen. Trainiere auch im Freizeitbereich einen entspannten peripheren („breiten“) Rundumblick.

Was bleibt dir sonst?

Nach dem Blick über den Gartenzaun werfen wir einmal einen Blick über den großen Teich: Die amerikanische Sicherheitsfirma „Calibre Press“ gibt bei Bedrohungslagen folgende Hinweise:

- Mit persönlichen Daten wie Name und Anschrift keinesfalls an die Öffentlichkeit gehen.
- Briefe, persönliche Papiere usw. vernichten, bevor man sie im Abfall entsorgt.
- Fahrtrouten nach Hause wechseln.
- In den Rückspiegel schauen, ob man verfolgt wird.
- Nach Dienstschluss nicht geistig abschalten, sondern aufmerksam bleiben.
- Nicht immer zur gleichen Zeit die gleichen Wege benutzen, zum Bei-

spiel beim Gassi gehen mit dem Hund.

- Kein Tunnelblick und Gedankenverlorenheit, trainiere auch in deiner Freizeit den peripheren Blick.
- Habe „für den Fall des Falles“ abrufbereite Handlungsalternativen parat, damit kein Täter deine entstehende Schockphase nutzen kann, nur weil du unvorbereitet bist.
- Gegen unerwünschte Belästiger, Verfolger und Stalker aus dem persönlichen Bereich wehrst du dich mit einer Privatklage erfolgreich. Die Kosten trägt dann der Verurteilte. Sammle deshalb umfangreiche Beweise.

Bleibe auf jeden Fall korrekt und bewahre die Nerven, lass dich nicht zu etwas hinreißen, was später gegen dich spricht. Du bist deshalb nicht paranoid, dass hat nichts mit Verfolgungswahn zu tun, aber versuche eine gelassene Wachsamkeit/Gefahrenbewusstsein an den Tag zu legen. Nur so kannst du verhindern, dass du und/oder deine Familie unwissentlich Opfer eines Verfolgers werden, der Rache will. Wenn du es gut begründest, kannst du deine Daten beim Einwohnermeldeamt sperren lassen. Du wirst dann angeschrieben und informiert, wenn jemand (außer Behörden) deine Daten unter einem Vorwand abfragt. Jedoch stellt der Datenschutz aus mehreren Gründen keine besondere Sicherheit dar. Wenn du jedoch meine Ratschläge befolgst, wirst du dich erst einmal gut schützen können. Eine hundertprozentige Sicherheit kann es jedoch nicht geben.

Steffen Meltzer

7. Ordentlicher Landesdelegiertentag



Landeshauptstadt Dresden – 21. und 22. Oktober 2016

„Sicherheit verdient Respekt“





Verkehrsprävention in ...

Sachsen

Im Vordergrund der polizeilichen Maßnahmen steht die direkte Ansprache von Zielgruppen, die nach unterschiedlichen Kriterien (z. B. Unfallhäufigkeit, Alter oder Erreichbarkeit) ausgewählt werden. Grundsätzlich sollen Kinder und Jugendliche dabei unterstützt werden, sich zu umsichtigen, rücksichtsvollen und gefahrenbewussten Verkehrsteilnehmern zu entwickeln. Es gibt spezielle Angebote für Vorschul- und Schulkinder, darüber hinaus werden auch Themen der Verkehrssicherheit, wie z. B. der Ladungssicherung oder Drogen im Straßenverkehr bedient. Gerade mit dem Schulanfang wachsen Kinder in eine neue Rolle als Verkehrsteilnehmer. Als Fußgänger nehmen sie zunehmend eigenständiger am Straßenverkehr teil. Das birgt neue Gefahren in sich. Ziel der angebotenen Veranstaltungen ist neben dem Kennenlernen von Verkehrsregeln, Kinder zu kritischem und eigeninitiativem Verkehrsverhalten zu ermutigen. Nach der 4. Klasse wechseln die meisten Kinder die Schule, d. h. auch ihr Schulweg ändert sich. Dieser wird dann zunehmend mit Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Darüber hinaus spielt das Fahrrad im Freizeitverhalten der Kinder in diesem Alter eine immer größere Rolle. Deshalb beteiligt sich die Polizei an der schulischen Verkehrserziehung in der 4. Klasse und unterstützt die Lehrer bei der praktischen Radfahrausbildung. „Junge Fahrer“ sind überdurchschnittlich häufig an Verkehrsunfällen beteiligt. Das Zusammentreffen der „Anfängerproblematik“ mit den Besonderheiten jugendlichen Verhaltens lässt besonders das erste Jahr nach dem Führerscheinwerb zu einem der gefährlichsten Lebensabschnitte für junge Menschen werden. Deshalb ist es ein Anliegen der Polizei, diese Altersgruppe in dieser Phase mit kommunikativen Präventionskonzepten zu unterstützen. Es gibt eine Vielzahl von Medien zum Thema Verkehrs- und Verkehrsunfallprävention. Einen Überblick bietet die sächsische Polizei auf ihrer Homepage unter www.polizei.sachsen.de

Christin Gerull

... Sachsen-Anhalt

Die präventive polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit als Bestandteil der polizeilichen Prävention stellt eine wichtige Kernaufgabe der Landespolizei dar und ist mit Erlass vom 1. September 2015 geregelt. Nach außen arbeiten wir eng mit den zuständigen Verantwortungsträgern aller Ebenen und weiteren Interessierten zusammen. Grundsätzlich sind wir hier (fast) nur beratend tätig und nehmen z. B. keine regelmäßige Lehrtätigkeit an Schulen wahr.

Der Einsatz von Regionalbereichsbeamten (RBB) ab Sommer 2014, als Basis der polizeilichen Präventionsarbeit, hat sich dabei zu einem Erfolgsmodell entwickelt. War bis dahin oftmals nur der „Verkehrssicherheitsberater“ (VSB) auf Revier-(Landkreis-)Ebene aktiv, so hatte jetzt erstmalig jede Gemeinde sowie kreisfreie Stadt „ihre“ RBB als feste Ansprechpartner. Zwar gibt es seitdem den Dienstposten des VSB nicht mehr, jedoch werden dessen Aufgaben weiterhin im Bereich „Zentrale Aufgaben“ des Polizeireviers wahrgenommen und von hier die RBB fachlich angeleitet.

Den PDen obliegt die Binefunktion zwischen den Polizeirevieren und der landesweiten Zentralstelle im Technischen Polizeiamt (TPA). Als Besonderheit gibt es in Halle/Saale die für das ganze Land zuständige „Puppenbühne der Polizei“.

Das TPA unterstützt die Polizeidienststellen, erarbeitet landesweite Kampagnen und Projekte und koordiniert deren Umsetzung. Flankierend unterstützt die Fachhochschule Polizei durch entsprechende Aus- und Fortbildung.

Damit sind wir strukturell in der Verkehrsprävention gut aufgestellt. Für die Zukunft sehen wir die Notwendigkeit für weitere fachlich besonders qualifizierte und motivierte „Hauptamtler“ in den Polizeirevieren und -direktionen sowie im TPA, um die RBB auf professionellem Niveau anzuleiten und zu unterstützen.

Jörg Kuske

... Thüringen

Durch das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr wurde das Verkehrssicherheitsprogramm 2020 „Denken, Fahren, Ankommen – Mehr Sicherheit auf Thüringer Straßen“ entwickelt. Hierzu wurde ein Leitfaden für die Verkehrssicherheitsberatung der Thüringer Polizei erstellt. Er dient als Hilfestellung bei den Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung. Verkehrsprävention wird schwerpunktmäßig von Präventionsbeamtinnen und -beamten in den Landespolizeiinspektionen (LPI) wahrgenommen. Ihre Aufgabenfelder umfassen den Elementarbereich (Kindergärten/-horte), die Primar- und die Sekundarbereiche (Grund-, Regelschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen, Förderschulen) sowie den außerschulischen Bereich (junge Erwachsene, Erwachsene, ältere Menschen). Formen der Beratung für alle Zielgruppen sind Informationsveranstaltungen, Vorträge, Diskussionsrunden, Demonstrationen/Simulationen, Seminare sowie Sicherheitstrainings/Aktionstage. Die Verkehrssicherheitsberater der Polizei als außerschulischer Partner unterstützen im Rahmen der Prävention die Lehrer und Eltern durch qualifizierte Anleitung und Beratung.

Im außerschulischen Bereich werden die Zielgruppen grundsätzlich durch die Auswertung der Verkehrsunfallstatistik und von Forschungsergebnissen ermittelt. Die Verkehrssicherheitsarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung, da die Verkehrsunfallprävention und die Kriminalitätskontrolle eng verzahnt sind. Neben der regelmäßig stattfindenden Öffentlichkeitsarbeit tritt der direkte Kontakt mit den Bürgern in den Vordergrund. Durch die Mitarbeiterprävention der LPI werden die Ziele eigenständig und im Zusammenwirken mit den für Verkehrssicherheit zuständigen Behörden und Einrichtungen realisiert.

Monika Pape

